

Ingeborg Gabriel

## Zur Zukunft der Demokratie unter Globalisierungsbedingungen

### Eine sozialetische Problemanzeige

#### *Zusammenfassung*

Der Text benennt die wesentlichen Herausforderungen der Demokratie unter Globalisierungsbedingungen. Die Globalisierung fördert die weltweite Verbreitung der Demokratie, höhlt sie jedoch zugleich aus und unterminiert ihren Bestand. Der Beitrag geht zunächst den Gründen für diese paradoxe Situation nach. In einem weiteren Schritt wird das Konzept der *global governance* als wichtigster Versuch der letzten Jahrzehnte, neue globale Steuerungsmechanismen zu erfinden, analysiert und die Frage nach seiner Leistungsfähigkeit gestellt. Wiewohl Netzwerkstrukturen auf der Mesebene der Weltgesellschaft eine wichtige Rolle spielen, bieten sie doch – so die These – keinen Ersatz für eine Weltordnung. Dieser Befund führt zu der Frage, ob und inwiefern eine Demokratie auf Weltebene als Gegengewicht zu einer globalisierten Wirtschaft denk- und realisierbar ist. Abschließend werden die so gewonnenen Einsichten sozialetisch gebündelt, und es wird gefragt, welchen Beitrag die katholische Kirche, die seit längerem die Errichtung einer politischen Weltautorität fordert, leisten kann.

#### *Abstract*

This paper addresses the main challenges of democracy posed by the processes of globalisation. While promoting the worldwide spread of democracy, globalisation at the same time undermines and endangers its continued existence. This contribution starts by considering the reasons for this paradoxical situation. In a second step, the concept of *global governance* will be analysed and its potential examined in terms of being the most promising attempt in recent decades to find new global control mechanisms. As much as networking may play an important part at the meso-level of the global community, it will not – this is the guiding thesis – suffice as a surrogate for a world order. This raises the question if and to what extent a global democracy counterbalancing the forces of the global economy is conceivable and viable. In a final step, the conclusions from this investigation will be reconsidered from a socio-ethical perspective, and it will be asked which contribution the Catholic church, which has been calling for the establishment of a global political authority for some time, can make.

## 1 Globale Anziehungskraft und Gefährdungen der Demokratie: ein demokratiepolitisches Paradoxon

Die sich weiter intensivierenden Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte waren keineswegs nur technischer und wirtschaftlicher Natur. Sie haben auch zu tiefgreifenden Umgestaltungen im Politischen und Kulturellen geführt. Mit anderen Worten: Es werden nicht nur Waren weltweit gehandelt, sondern auch Ideen global vermittelt. Die Verbreitung des Ideals der liberalen Demokratie sowie ihre politische Durchsetzung haben die Zahl der (wenigstens teilweise) demokratisch regierten Länder in den vergangenen Jahrzehnten steil ansteigen lassen (vgl. Vorländer 2008: 877; Sørensen 2010; Munck 2009).<sup>1</sup> Erstmals in der Geschichte hat so ein beachtlicher Teil der Weltbevölkerung die Möglichkeit, sich – wie immer beschränkt – an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und tut dies auch. Medial vermittelte Bilder von Wählern und Wählerinnen, die festlich gekleidet in langen Schlangen vor Wahllokalen stehen, um ihre Stimme abzugeben, berühren emotional. Sie zeigen zudem, dass das Wahlrecht als politisches Partizipationsrecht zu einem Ausdruck menschlicher Würde geworden ist. Diktaturen werden nicht nur als repressiv angesehen, was sie tatsächlich sind, sondern auch als mit der Würde der menschlichen Person grundsätzlich unvereinbar. Kaum ein Wort war in den arabischen Revolutionen vor zwei Jahren so oft zu hören wie jenes von der wiedergewonnenen Würde. Dieses, wie wohl gerade das letzte Beispiel zeigt, mit vielen Unwägbarkeiten behaftete, weltweite Ringen um demokratischere Verhältnisse geht weiter. Der Trend hin zur Demokratie ist trotz anderer praktizierter Regierungsformen (vor allem dem politischen und wirtschaftlichen Dirigismus Chinas, aber auch Russlands) und trotz bedenklicher Umdeutungen des Wortes Demokratie (z. B. zur illiberalen, nicht menschenrechtlich fundierten Demokratie) ungebrochen. Diese Attraktivität wird *ex negativo* auch an den massiven Protesten der chinesischen Regierung angesichts der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Demokratie- und Men-

1 Vorländer geht von weltweit 117 Demokratien aus; Sørensen von einem Anstieg von 40 auf 90 Demokratien zwischen 1974 und 2007. Die Zahlen differieren demnach je nach den verwendeten Demokratieindikatoren, weisen jedoch alle auf einen starken Anstieg wenigstens rudimentär demokratisch regierter Länder hin.

schenrechtsaktivisten Liu Xiaobo im Dezember 2010 und dem harten Durchgreifen des russischen Präsidenten Vladimir Putin gegen die russische Bürgerrechtsbewegung deutlich, um zwei prominente Beispiele zu nennen. Autokratische Regime halten Demokratiebewegungen selbst dann für höchst gefährlich, wenn die Zahl der Aktivisten gemessen an der Bevölkerung des Landes äußerst gering ist.

Die Demokratie liberaler Prägung gilt demnach heute weltweit als einzige legitime Regierungsform. Trotz aller Unvollkommenheiten in der Realisierung handelt es sich um den beeindruckenden Siegeszug einer politischen, ja moralischen Idee. Er verdankt sich dem mutigen Einsatz vieler Einzelner und engagierter Gruppen, die oft über Jahrzehnte hinweg und unter größten persönlichen Opfern für die Anerkennung der Menschenrechte, einschließlich der demokratischen Bürgerrechte, in ihren Ländern eintraten und weiterhin eintreten.

Doch es gibt auch Anzeichen, die darauf hinweisen, dass die nationalstaatlich verankerten Demokratien massiven Erosionsprozessen ausgesetzt sind, die ihre Zukunft gefährden könnten. Diese sind zum Einen endogener Natur: Die weit verbreitete Demokratieverdrossenheit sowie die Abnahme des Vertrauens in demokratisch gewählte Regierungen zeigen, dass es Letzteren vielfach nicht mehr gelingt, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.<sup>2</sup> Zum Anderen gibt es auch exogene Ursachen: Vor allem globalisierungsbedingte Transformationsprozesse lassen die Problemlösungskapazität nationaler Regierungen als unzureichend erscheinen und stellen damit die nationalen Demokratien vor nicht leicht lösbare Herausforderungen.

Die Situation ist demnach paradox: Dem globalen Trend hin zur Demokratie als einziger als wünschenswert erachteter Regierungsform stehen wachsende Zweifel hinsichtlich ihrer politischen Leistungs-, ja Überlebensfähigkeit gegenüber. Die Globalisierung fördert die weltweite Verbreitung der Demokratie, unterminiert jedoch zugleich ihren

2 Diesen Trend zeigt für Österreich die politische Langzeitstudie „Die Österreicher/Innen – Wertewandel 1990–2008“, herausgegeben von Christian Friesl/Regina Polak/Ursula Hamachers-Zuber, Wien 2009. Demnach ist nur jeder zweite Befragte zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in Österreich funktioniert. Zählt man das Drittel der ÖsterreicherInnen (35 %), die sich als „ziemlich unzufrieden“ bezeichnen, mit den 11 % der „sehr Unzufriedenen“ zusammen, gab es 2008 mehr als doppelt so viele Demokratieverdrossene (46 %) als noch vor zehn Jahren (22 %). Zur ähnlichen Situation in Deutschland vgl. den Report der Friedrich-Ebert-Stiftung Demokratie in Deutschland 2011.

Bestand (vgl. Crouch 2008: 7f.). Den Gründen dafür soll im folgenden 2. Kapitel nachgegangen werden. Im 3. Kapitel wird das Konzept der *global governance* als wichtigster Versuch der letzten Jahrzehnte, neue globale Steuerungsmechanismen zu erfinden, analysiert und die Frage nach seiner Leistungsfähigkeit gestellt. Wiewohl Netzwerkstrukturen auf der Mesoebene der Weltgesellschaft eine wichtige Rolle spielen und spielen sollen, bieten sie doch – so die These – keinen Ersatz für eine Weltordnung. Dieser Befund führt zur schwindelerregenden Frage, ob und inwiefern eine Demokratie auf Weltebene als Pendant (Gegengewicht) zu einer globalisierten Wirtschaft denk- und realisierbar ist. Abschließend sollen die so gewonnenen Einsichten sozioethisch gebündelt und es soll nach dem Beitrag der katholischen Kirche, die seit längerem die Errichtung einer politischen Weltautorität fordert, gefragt werden.

## 2 Macht- und Kompetenzverluste nationalstaatlicher Demokratien als Folge globaler Problemregelungen und einer globalisierten Wirtschaft

Die etablierten Formen der nationalen Demokratie geraten gegenwärtig vor allem durch zwei globalisierungsbedingte Entwicklungen unter Druck: Zum einen führt die Globalisierung vielfältiger Problemlagen zu Inter- bzw. Supranationalisierungsschüben. Damit Hand in Hand gehen beachtliche Macht- und Kompetenzverlagerungen von nationalen hin zu globalen Akteuren. Zum anderen wirken sich die zunehmenden Ungleichgewichte zwischen Territorialstaaten und globalen wirtschaftlichen Großakteuren auf die demokratischen Einflussmöglichkeiten aus. Beides trägt wesentlich dazu bei, dass „[d]ie Stürme der Globalisierung [...] die wichtigsten Funktionssysteme und Wertsphären der Gesellschaft aus ihren nationalstaatlichen Verankerungen losgerissen und der Kontrolle durch demokratische Normierung weitgehend entzogen haben“ (Brunkhorst 2009: 99). Eine ähnliche Diagnose hat übrigens schon vor längerem Jürgen Habermas hinsichtlich der neuen Welt-situation gestellt, als er von einer „postnationalen Konstellation“ (1998) sprach. Dem ist nunmehr im Blick auf die Demokratie nachzugehen.

## 2.1 Globale Problemlagen als Grund für die Erosion nationalstaatlich-demokratischer Macht

Globalisierung und die Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften haben in den letzten Jahrzehnten zu einer starken Intensivierung globaler Vernetzungen geführt. Zudem sind neue, so früher nicht bekannte globale Problemlagen entstanden: Gravierende ökologische Schäden, vor allem aufgrund des Klimawandels, weltweite Migration, internationale Kriminalität, illegaler Waffenhandel und Terrorismus u. a. m. verlangen nach globalen Lösungen. Die Möglichkeiten globaler Kommunikation und das rasant anwachsende Wissen um globale Zusammenhänge mit ihren Problemen wie Chancen haben zudem den Willen zur globalen und grenzüberschreitenden Kooperation wesentlich gefördert. Die Deregulierung und teilweise Re-Regulierung des globalen Güter- und Finanzverkehrs (seit 2008) basieren gleichfalls auf globalen Verträgen und Übereinkünften.

Der mit diesen globalen Entwicklungen verbundene Regelungsbedarf hat zu einer starken Verdichtung globaler und regionaler Vertragsverpflichtungen geführt. Diese sind in sich sinnvoll und notwendig, beschneiden jedoch die Spielräume nationaler und damit auch demokratischer Politik. Dies gilt für alle Staaten, größere wie kleinere. Gerade das mächtigste Land der Welt, die Vereinigten Staaten, verweigert sich multilateralen Abkommen vielfach, um Souveränitätsbeschränkungen zu vermeiden. Viel stärker davon betroffen sind jedoch kleinere Länder. Ihnen bleibt zudem häufig nur die Wahl zwischen einem *take it or leave it*, d. h. einer für sie wenig vorteilhaften Ratifizierung von Verträgen und internationaler Isolation (vgl. Weiler 2004: 70).

Diese zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen bedeutet für alle Staaten mehr oder weniger beachtliche Macht- und Kompetenztransfers von den nationalen hin zu internationalen Institutionen. Da Letztere jedoch nicht demokratisch legitimiert sind, handelt es sich zugleich um Transfers von demokratisch legitimierten hin zu demokratisch nicht legitimierten Akteuren. Internationalisierung, wie sie heute praktiziert wird, ist daher notwendig mit einem Bedeutungsverlust und einer schrittweisen Aushöhlung nationaler demokratischer Entscheidungsprozesse verbunden.

Welche konkreten politischen Folgen dies haben kann, demonstriert eine Beobachtung aus dem österreichischen Wahlkampf vom Herbst 2013: Internationale und europäische Themen wurden von den etablierten

Regierungsparteien grundsätzlich ausgeklammert, von den populistischen Parteien hingegen im Modus der Negativität ausgeschlachtet. Die mangelnde Lösung von (globalisierungsbedingter) Migration und die Folgen der Finanz-, aber auch Euro-Krise wurde von ihnen den regierenden Entscheidungsträgern angelastet. Die Substanzlosigkeit und populistische Zuspitzung des Wahlkampfes hatte dabei nicht zuletzt damit zu tun, dass beide Seiten den Anschein erweckten, als ob die großen Zukunftsthemen in einem kleinen Staat wie Österreich weiterhin zur Gänze von den nationalen politischen Akteuren entschieden werden könnten.

## 2.2 Die demokratiepolitischen Auswirkungen eines globalisierungsbedingten Ungleichgewichts zwischen nationaler Politik und globalisierter Wirtschaft

Ralf Dahrendorf, der große liberale Sozialtheoretiker, hat das Verhältnis von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus einmal treffend als eine „Quadratur des Kreises“ bezeichnet (1996). Beide haben zwar das gleiche emanzipatorische Grundanliegen. Sie richten sich ursprünglich gegen absolutistische bzw. autoritäre Formen der Herrschaft, die ihre Bürger ebenso willkürlich enthaupten wie enteignen kann. Werden sie jedoch selbst zur Grundlage des Staates, dann entstehe notwendig ein Spannungsverhältnis zwischen den grundsätzlich egalitären politischen Bürgerrechten (*one man, one vote*) und den anti-egalitären Folgen individueller Wirtschaftsfreiheit. Die so entstehenden sozialen Ungleichgewichte müssten je neu durch nationale Sozialverträge entschärft werden, da sie sonst demokratiegefährdend würden (so Dahrendorf 1992). Derartige Aushandlungsprozesse und-mechanismen waren charakteristisch für die Demokratien in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und trugen wesentlich zu ihrer Stabilität bei (so auch Held 2007: 40). Die für den Interessenabgleich in sozialen Marktwirtschaften unabdingbaren Sozialverträge waren und sind jedoch institutionell weitgehend national verankert (Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften, Vereinigungen usw.). Sie wurden daher durch die wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse empfindlich geschwächt. Transnationale Unternehmen errichten ihre Produktionsstätten dort, wo Lohnkosten und Steuern am niedrigsten sind. Staaten stehen globalisierungsbedingt im Wettbewerb um Kapitalinvestitionen, technisches Know-how und Arbeitsplätze. Selbst größere Länder können sich dieser Konkurrenz nur begrenzt entziehen und kommen

den durch beachtliche Lobbying-Aktivitäten unterstützten Forderungen der Groß- und Finanzwirtschaft nach (ein rezentes Beispiel ist die weitgehende Aushebelung der von elf Staaten der Euro-Zone beschlossenen Finanztransaktionssteuer durch Bankenlobbying). Der Lohn- und Steuerwettbewerb um Standorte führt zudem zu einem *bottom down race* in den Steuersätzen und damit zu Verlusten an Steuereinnahmen von Großverdienern. Die staatlichen Spielräume für die Bereitstellung öffentlicher Güter und den Sozialausgleich werden dadurch wesentlich geschmälert. Dazu kommen die Kosten für Subventionen von Großunternehmen sowie die teils exorbitanten Kosten der *bail outs* von Finanzinstitutionen, die die bereits überhöhte Staatsverschuldung in den meisten Ländern Europas in den letzten Jahren haben steil ansteigen lassen (vgl. Kirchgässner 2006: 291f.; Koller 2011: 86f.). Eine Folge davon ist nicht zuletzt die weltweit wachsende Kluft von Einkommen und Vermögen, die auch liberale Ökonomen inzwischen für wirtschaftsgefährdend halten – nicht zu reden von den negativen Folgen für den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie (vgl. Stiglitz 2012).

Die globalisierungsbedingten Ungleichgewichte zwischen nationalstaatlich verankerter Politik und den global agierenden Wirtschafts- und Finanzunternehmen wurden durch eine – jedenfalls bis zum Finanzcrash von 2008 unbestritten dominierende – neoliberale Ideologie wesentlich verstärkt.<sup>3</sup> Eine ihrer wesentlichen Prämissen ist die Überlegenheit des Marktmechanismus gegenüber staatlichem Handeln, der Wirtschaft gegenüber der Politik.<sup>4</sup> Das Ideal des Marktmechanismus als eines vorzüglich perfekten Systems, das aus sich heraus ein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht sowie Gerechtigkeit hervorbringt und das nicht auf moralische Ressourcen angewiesen ist, wird so auf die Politik übertragen. Colin Crouch hat die Folgen eines derartigen Ökonomismus treffend beschrieben (2008). Diese am Unternehmensideal orientierte Sicht von Politik führt notwendig zu einer Abwertung der für die Demokratie konstitutiven deliberativen Prozesse. Mehr noch: Die Politik als eigenständiger Aktionsbereich, wo Interessen ausgeglichen und Normen

3 Zum aus dem angelsächsischen Raum übernommenen Begriff sowie der Entwicklung des Neoliberalismus vgl. u. a. Crouch 2011. Zur Reflexion der anthropologischen Grundlagen aus Sicht der Sozialethik vgl. Gabriel 2011a: 17–25.

4 Dies geht bis zur Annahme, dass der Markt aus sich heraus Gleichheit und Demokratie schaffen könne, wobei Letztere umgedeutet und auf das Recht aller zur wirtschaftlichen Betätigung reduziert wird (so Pies 2000).

gesetzt werden mit dem Ziel, das Gemeinwohl – und dies bedeutet ein Mehr an Gerechtigkeit – zu verwirklichen, verliert ihren charakteristischen Eigenwert und damit ihre Dignität.

### 3 Global governance oder globale Demokratie? Überlegungen zu einer Grundsatzdebatte

#### 3.1 Zum Kontext der Entstehung und Grenzen des (*global*) *governance*-Konzepts

Als wichtigstes Instrument zur Lösung vor allem auch globaler Probleme gilt seit Beginn der 1990er Jahre die (*global*) *governance*. Die außerordentliche Popularität des Konzepts hat mehrere Gründe: Zum einen gerieten nach der Implosion der staatsdirigistischen kommunistischen Regime hierarchische zwangsbewehrte Herrschaftsformen, d. h. vor allem der Staat, politisch wie gesellschaftlich unter Generalverdacht (vgl. Mayntz 2008: 57). In etwa zeitgleich kam es zu einem Globalisierungsschub, der die internationalen Interdependenzen erhöhte und zu einem starken Anstieg des Kooperationsbedarfs führte (vgl. Grande 2012: 568–570). Dieser Entstehungskontext der *global governance* kann wesentlich zu ihrem Verständnis beitragen. Ihre Kernidee ist, dass sich aufgrund neuer globaler Bedürfnisse spontan Netzwerke als Grundlage einer neuen funktionalen Weltordnung bilden werden. Die einflussreiche Studie von James N. Rosenau und Ernst-Otto Czempiel *Governance Without Government* (1992) spiegelt diese optimistische und funktionalistische Grundströmung der Zeit wider. Ausgehend vom Zerfall hegemonialer Staatsautoritäten beantwortet sie die Frage, wie die Koordination von Zielen und Aufgaben in einer sich globalisierenden Welt gewährleistet werden könne, folgendermaßen: Dies – so Rosenau – werde durch die autopoietische Herausbildung von globalen *governance*-Strukturen als informellen und sich *ad hoc* bildenden Netzwerken geschehen, die sich je nach zu lösendem Problem aus öffentlichen wie privaten, nationalen wie internationalen Akteuren (wirtschaftlichen wie nicht-wirtschaftlichen) zusammensetzen werden. Regeln sollen in diesen Netzwerken kooperativ ohne Rekurs auf formale politische Autoritäten (*government*) entstehen (vgl. Rosenau/Czempiel (Hg.) 1992, darin insbes. Rosenau 1992). *Governance* ist demnach eine kooperative Form der Zusammenarbeit

zur Einzelproblemlösung, die zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren angesiedelt ist (vgl. Grande 2012: 569). Konzept und Begriff bleiben dabei höchst vage. Nach Gunnar Folke Schuppert (2008: 21) handelt es sich um einen „anerkannt uneindeutigen Begriff“, der jedoch große Ausstrahlungskraft besitzt. Dies zeigt nicht zuletzt die boomende interdisziplinäre *governance*-Forschung (vgl. u. a. Schuppert/Zürn 2008; Tömmel 2008; Mayntz 2009; Sack 2009), wiewohl in letzter Zeit eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich der theoretischen wie praktischen Leistungsfähigkeit von *governance* eingetreten ist (vgl. Grande 2012).

Gemeinsam ist den sonst sehr unterschiedlichen Entwürfen von *governance* zum einen, dass sie auf freiwillige, zwanglose und kooperative Formen der Koordination und auf *win-win*-Situationen setzen. Zum zweiten verbindet sie das Ideal eines schlanken Staates, der als ein Akteur unter anderen auf Augenhöhe kooperiert und sich wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Unternehmen zur Erfüllung seiner Aufgaben, vor allem zur Bereitstellung öffentlicher Güter bedient. *Private-public-partnerships* stellen demnach die wichtigste Form der Kooperation zwischen staatlichen und privaten wirtschaftlichen (oder auch zivilgesellschaftlichen) Akteuren dar. Dabei wird davon ausgegangen, dass private Anbieter grundsätzlich effizienter und damit besser geeignet sind als staatliche, öffentliche Güter bereitzustellen. *Governance* hat so wesentlich mit dem zu tun, was Habermas treffend als „neoliberales Design einer entstaatlichten Weltmarktgesellschaft“ bezeichnet und von zwei anderen Visionen gegenwärtiger Weltordnungsideen unterschieden hat: der postmarxistischen und der kulturalistischen (2004: 184f.).

Die postmarxistische Vision als „Kehrseite des neoliberalen Projekts“ bedient sich gleichfalls, wiewohl inhaltlich anders akzentuiert und weniger wirkmächtig, der *global governance*-Idee. Sie geht von der Annahme aus, dass die globalen Verflechtungen von Politik und Wirtschaft zu zunehmenden Ungerechtigkeiten in der Weltgesellschaft führen und durch eine starke globalisierungskritische internationale Zivilgesellschaft im Sinne einer *global governance* in die Schranken gewiesen werden müssten. *Global governance* wird hier als „Alternative zur neoliberalen Globalisierung“ und als Gegengewicht zur Macht hegemonialer Großstaaten (vor allem den USA, aber auch der EU) und des globalen Kapitalismus verstanden. So stellt der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand, einer ihrer Vertreter, fest, dass „real existierende Formen von Global

Governance zwar [...] Teil der politisch-institutionellen Absicherung neoliberal-imperialier Entwicklungen [sind]“, es jedoch auch „neue Diskurse und Formen von Global Governance [gäbe]“, die auf das kritische Potential globaler Gegenbewegungen (Intellektuelle, NGOs usw.) als einer neuen, sich erst herausbildenden Form von *global governance* setzen (vgl. Brand 2009: 297).

Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Ausprägungen des *global governance*-Konzepts jedoch, dass sie – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – die politisch-demokratische Dimension zur Gänze ausblenden. Dies hat mit ideologischen Vorentscheidungen zu tun; sowohl, wenn der Marktmechanismus als normative Leitidee fungiert, als auch, wenn die politische mit der ökonomischen Macht als deckungsgleich angesehen werden, kommt es notwendig zu einem „Verschwinden des Politischen“ (vgl. Fach 2008) als einem eigenständigen Bereich und damit des Demokratischen. Die dem Staat zugeordneten Sphären der Politik, des Rechts und der Demokratie werden so in ihrer Besonderheit und Wertigkeit nicht mehr anerkannt.<sup>5</sup> Dem liegt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Staat zugrunde, die sich freilich aus unterschiedlichen Quellen speist. Das eine Mal steht er unter dem Generalverdacht mangelnder (wirtschaftlicher) Effizienz, das andere Mal ist er *per definitionem* Ausdruck ökonomischer Interessen. Eine Folge davon ist, was Claus Offe (2008: 61) als die „eigenartige Subjektlosigkeit“ von *governance* und damit den Verlust zurechenbarer Verantwortlichkeiten kritisiert hat.

Diese notwendig fragmentarischen Anmerkungen zur (*global*) *governance* richten sich nicht gegen die *governance*-Initiativen auf der globalen Mesoebene mit ihren vielfältigen Organisationen und effektiven Formen der Zusammenarbeit. Kritisch zu sehen sind jedoch die überzogenen Erwartungen an ein Konzept (vgl. ausführlich Grande 2012), dessen zentrale Schwäche die Ausklammerung von Macht- und Interessenlagen sowie von Fragen der demokratischen Legitimation und des Rechts darstellt. So konstatieren auch die Herausgeber der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* in zwei dem Thema „Demokratie“ gewidmeten Ausgaben kritisch, dass der

5 Chantal Mouffes Buch (2007) mit dem Untertitel „Wider die kosmopolitische Illusion“ übt scharfe Kritik an der *global governance* als Teil einer Entwicklung hin zu einem nicht demokratischen, technokratischen und evolutionistischen Kosmopolitismus.

„Demokratiebegriff und die damit verbundenen theoretischen und empirischen Forschungen in den letzten Jahren deutlich im Schatten eines anderen Konzepts stehen, nämlich des Governance-Begriffs [...]. In den meisten Versionen interessieren sich Governance-Forschungen nicht oder nur am Rande für klassische Fragen der Demokratietheorie, nämlich jene nach Macht, Herrschaft und Teilhabe [...].“ (Brand u. a. 2011: 3)

Eben diese Macht- und Interessenkonflikte sowie das Ringen um eine Recht- und Wohlfahrtsordnung, anders gesagt: um das Gemeinwohl als zu realisierende Gerechtigkeit, bilden jedoch das Herzstück jeder Demokratie und ihres partizipatorischen Ethos.

### 3.2 „Jenseits des Nationalstaats“ – jenseits der Demokratie? Aktuelle Entwürfe einer Weltdemokratie

Sowohl von ihrer historischen Genese her als auch in ihrer faktischen Erscheinungsform ist die moderne Demokratie aufs Engste mit dem Nationalstaat verbunden. Sie ruht gewissermaßen institutionell auf ihm auf. Funktionierende Demokratien setzen eine effektive Staatsordnung einschließlich eines wirksamen Gewaltmonopols sowie einer kompetenten Bürokratie voraus. Dies zeigt die bisherige Geschichte der Demokratie ebenso wie die gegenwärtig so genannten *failing states*. Erfahrungen mit demokratischen Institutionen oberhalb des Nationalstaates gibt es vorerst nur wenige. Die Versuche, eine supranationale Demokratie in der Europäischen Union zu errichten und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten zu sichern, waren bislang nur begrenzt erfolgreich. Dies zeigt die beachtlichen Schwierigkeiten, die mit einer Übertragung demokratischer Institutionen von der nationalstaatlichen auf die supranationale Ebene sowohl konzeptionell als auch politisch verbunden sind. Diese multiplizieren sich offenkundig, wenn es um die Frage geht, ob und inwieweit die für eine Demokratie konstitutiven Elemente (freie Wahlen auf der Basis der Gleichheit, Repräsentanz, Parteienkonkurrenz, kritische Öffentlichkeit u. Ä. mehr) auf Weltebene denkbar und möglich sind. Eine Auflösung oder wenigstens Entschärfung des eingangs beschriebenen Paradoxons verlangt dennoch, sie zu stellen und sei es nur im Sinne eines kritischen Korrektivs.

Die beiden wichtigsten Entwürfe, die bisher dazu vorgelegt wurden, sind jener von Otfried Höffe aus philosophischer und von David Held

aus politikwissenschaftlicher Sicht. Höffe suchte mit seiner Blaupause für einen Weltstaat im Anschluss an Immanuel Kant die Einwände zu entkräften, die gegen ein derartiges Projekt vorgebracht werden. Ein universaler Minimalstaat und nicht nur eine *global governance* ist aus seiner Sicht unter den Bedingungen der Globalisierung sowohl möglich wie auch geboten (vgl. Höffe 2002; 2009; siehe auch Lutz-Bachmann/Bohman 2002), denn nur so könne eine auf Gerechtigkeit verpflichtete demokratische Weltrechtsordnung errichtet werden (vgl. Höffe 2002: 89–94). Ein derartiger Weltstaat muss nach Höffe auf konstitutionellen menschenrechtlichen Grundlagen basieren und zudem die Prinzipien der Gewaltenteilung, der Subsidiarität sowie des Föderalismus beachten. Institutionell sieht Höffe einen demokratisch legitimierten „Welttag“ – analog dem Deutschen Bundestag – als eine Art Weltparlament vor. Die wichtigste Aufgabe dieses schrittweise zu realisierenden Weltstaats ist die Friedenssicherung: „Der Völkerstaat, wenn es ihn denn geben soll, trägt für die Sicherheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten Sorge und für – fast – nichts sonst.“ (Höffe 1998: 215) Dieses „fast nichts sonst“ fällt gleichwohl umfassend aus: Es beinhaltet internationale Regelungen „gegen grenzüberschreitende ökologische Beeinträchtigungen, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des internationalen Drogenhandels und der Verbreitung von ABC-Waffen“ sowie das militärische Eingreifen im Falle von Genoziden (Höffe 1998: 221). Nicht verantwortlich soll die Weltautorität jedoch für einen globalen Sozialausgleich sein. Zwar gebiete „die Menschenliebe [...], Notleidenden zu helfen“, doch dies gehöre nicht zu den geschuldeten Rechtspflichten, sondern zum verdienstlichen Mehr (Höffe 2002: 410).<sup>6</sup> Angesichts der bestehenden krassen sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ist diese Ausklammerung von Solidaritätsfragen wenig überzeugend. In der Sprache der Menschenrechte: Die sozialen Menschenrechte müssen in ihrer Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit mit den Freiheits- und Partizipationsrechten auch global ernst genommen werden. Dies ist nicht zuletzt eine Voraussetzung für globale Demokratie und Partizipation.

Die im englischsprachigen Raum meistdiskutierten Entwürfe einer kosmopolitischen Demokratie stammen von David Held. In seinen

6 Der alternative, gleichfalls von Kant ausgehende Entwurf von Habermas (2004) setzt bei den nationalstaatlichen Demokratien als Legitimationsquelle für eine Konstitutionalisierung des Völkerrechts an, das die Grundlage einer Weltordnung mit durchaus staatsähnlichem Charakter bilden soll.

Veröffentlichungen in den 1990er Jahren unternahm Held eine radikale Neukonzeption der Demokratie unter Globalisierungsbedingungen (vgl. Held 1995; 1998). Im Zentrum stand eine Reform der bestehenden globalen Institutionen. So sieht Held eine Stärkung und Erweiterung der Vereinten Nationen als Basis einer neu zu schaffenden Weltordnung und ihre Ergänzung durch ein Weltparlament vor. Regionale Zusammenschlüsse nach dem Vorbild der Europäischen Union sollten eine Art von demokratisch legitimerter Zwischenebene zwischen Nationalstaat und Weltautorität bilden. Die regionale sowie internationale Zivilgesellschaft fungiert in Helds Entwurf als ein weiter auszubauender Nukleus einer Weltöffentlichkeit. Damit sie diese Aufgabe erfüllen kann, müssten sich zivilgesellschaftliche Organisationen freilich über thematische Einzelfragen (z. B. Ökologie) hinaus für Anliegen eines globalen Gemeinwohls sowie für eine umfassende politische und demokratische Strukturreform auf globaler Ebene einsetzen. Nach Held sollen die neuen, demokratisch legitimierten, globalen Institutionen die Demokratie auf der Ebene der Nationalstaaten nicht ersetzen, sondern vielmehr ergänzen, um den globalisierungsbedingten Transformationen Rechnung zu tragen.

Unter dem Eindruck der terroristischen Attentate von 9/11 und dem den Graben zwischen dem Westen und dem Rest der Welt vertiefenden „*war against terror*“ baute Held seinen Ansatz weiter aus. Die Globalisierung könne nur dann zur (globalen) sozialen Integration beitragen, wenn eine globale *soziale* Demokratie die Bereiche Wirtschaft, Politik und Sicherheit nach normativen Leitlinien integriere. Zusätzlich zur Öffnung der Märkte gälte es, „die Bedürfnisse der Menschen anzugehen, die in unterschiedlichen Regionen der Welt dem ökonomischen Wandel schutzlos ausgeliefert sind“ (Held 2007: 101). Dies verlange eine Stärkung des Völkerrechts ebenso wie neue Formen demokratischer Mitbestimmung auf Weltebene, die es den Betroffenen ermöglichen sollen, sich an der Entscheidungsfindung aktiv zu beteiligen, denn – so seine Schlussfolgerung – „ohne eigenständige politische Autorität und administrative Kapazitäten auf regionaler und globaler Ebene“ kann eine Weltordnung nicht funktionieren (Held 2007: 179). Helds Stufensystem von nationalen, regionalen und globalen Sozialverträgen, das gleichsam die öko-soziale Marktwirtschaft global abbildet, gab den Anstoß für eine intensive Auseinandersetzung mit vielen damit verbundenen Einzelthemen (vgl. z. B. Archibugi u. a. 2012) sowie den zahlreichen neuen Formen transnationaler *governance* und den gravierenden Blockaden, die sich der Errichtung einer internationalen

Ordnung entgegenstellen (vgl. Hale/Held 2011; Hale u. a. 2013). Die politikwissenschaftliche Debatte zum Thema ist demnach angestoßen und wird in den nächsten Jahren als Ergänzung und Kritik an einer ausschließlich auf *global governance* bauenden Weltordnung wohl weitergeführt werden.

#### 4 Christliche Verantwortung für die Demokratie auf Weltebene: Zusammenfassende Überlegungen

Die Globalisierungsprozesse, die die Welt innerhalb einer Generation tiefgreifend umgestaltet haben, bringen gewaltige miteinander vernetzte weltordnungsethische Fragen mit sich. Wie in anderen Bereichen kommt der Christlichen Sozialethik auch hier eine doppelte Aufgabe zu: Zum einen geht es um eine ethisch fundierte Anerkennung und Stärkung jener Institutionen und Trends, die die humanistischen Leitbilder der Moderne verkörpern, zum anderen um eine prophetische Sozial- und Ideologiekritik sowohl an deren mangelnder Realisierung als auch an defizitären anthropologischen Prämissen. Dazu einige – notwendig fragmentarische – Überlegungen und Desiderata im Hinblick auf unser Thema:

*Die kirchliche Anerkennung der Demokratie und ihre Folgen für die internationale Ordnung:* Der dornige Weg hin zur lehramtlichen Anerkennung der Demokratie durch die katholische Kirche und der Beitrag der Sozialethik müssen hier nicht rekapituliert werden (vgl. Uertz 2008). Wiewohl die Partizipationsrechte als klassische Menschenrechte vielfältige Wurzeln im Christentum in Form binnenkirchlich praktizierter Partizipationsformen (Wahlen vor allem in den Orden, Synoden etc.) haben, blieb die moderne parlamentarische Demokratie bekanntlich lange Zeit höchst umstritten. Diese Epoche der Ablehnung wirft bis heute Schatten, wenn innerkatholisch Demokratie als „Diktatur des Relativismus“ diskreditiert wird. Es ist dies als Ausdruck eines tiefen Unbehagens an der politischen Kultur der Moderne insgesamt zu werten, was wohl nicht zuletzt aus einer bisher nicht ausreichend theologisch reflektierten Differenz zwischen den politischen und binnenkirchlichen Strukturen resultiert. Doch abgesehen von derartigen, eher marginalen rückwärtsgewandten Tendenzen wird die Akzeptanz der Demokratie als der Würde des Menschen am besten entsprechender Regierungsform nicht hinterfragt.

Was die politische Praxis betrifft, hat die katholische Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in vielen Nationalstaaten zur effektiven Durchsetzung der Demokratie wesentlich beigetragen (vgl. Huntington 1991) und tut dies auch weiterhin. Dies ist in sich beachtenswert und zeigt, dass kirchliche Positionen durchaus Einfluss auf politische Entwicklungen haben können, was zugleich ein hohes Maß an Verantwortlichkeit bedeutet.

Hinsichtlich der internationalen Ordnung findet sich in der Sozialverkündigung seit *Pacem in terris* (PT 137–139) die Forderung nach einer Weltautorität, die für die Verwirklichung des Weltgemeinwohls zuständig sein soll. Die Globalisierung, die bereits in *Gaudium et spes* (GS) unter dem Begriff *socializatio* in ihren Chancen und in ihren Schattenseiten überzeugend analysiert wird, bedarf demnach globaler Institutionen, die die Gerechtigkeit und Teilhabe aller fördern (vgl. Gabriel 2011a: 11–13). Wiewohl über die konkrete Form dieser Weltordnung in den Dokumenten selbst wenig ausgesagt wird, ist angesichts der Anerkennung der Demokratie für den nationalen Bereich zu folgern, dass auch die globale Autorität in einer näherhin zu bestimmenden Weise demokratisch legitimiert sein sollte. Dies fordert nicht zuletzt zu sozial-ethischen Konkretionen heraus, die die Frage stellen, wie eine derartige Weltordnung unter gegenwärtigen Globalisierungsbedingungen verfasst sein sollte und wie das Zueinander von Nationalstaaten, *governance*-Strukturen und globalen Institutionen, einschließlich unterschiedlicher Formen demokratischer Partizipation, zu bestimmen ist. Wie die oben skizzierten Modelle gezeigt haben, gibt es gerade auch im Hinblick auf die Frage nach dem Stellenwert der Demokratie in der internationalen Ordnung heute durchaus unterschiedliche Positionen, die hier einmal im Sinne einer sozialetischen Problemanzeige – so der Untertitel – aufgezeigt werden sollten.

*Die Stärkung des Völkerrechts als Voraussetzung:* Die Demokratie als Regierungsform ruht auf einer Grundrechtsordnung auf. Sie ist also gerade nicht willkürliche Mehrheitsherrschaft. Dies gilt auch international und verlangt eine Stärkung des Völkerrechts und seiner Institutionen. Erschrecken muss in diesem Zusammenhang die Häufigkeit von Völkerrechtsverletzungen im nach den terroristischen Anschlägen von 2001 ausgerufenen „*war against terror*“, die vielfach gar nicht mehr als solche benannt bzw. die sogar legitimiert werden (so auch Habermas 2004). Die Anwendung von Folter, der Einsatz von Drohnen und die extraterritoriale Exekution von Menschen, die als Terroristen verdächtigt werden, sowie die Verletzung der Privatsphäre durch Datenspionage zum

Zweck internationaler Überwachung, aber auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht genehmigte militärische Angriffe haben das Völkerrecht als Grundlage der internationalen Ordnung in den letzten Jahren empfindlich geschwächt. Eine derartige Aushöhlung von internationalen Rechtsstandards lässt aber auch die Chancen erodieren, eine Weltordnung mit demokratischen Elementen international schrittweise zu verankern.

*Die Stärkung internationaler Solidarität und Gerechtigkeit:* Die Stabilität von Demokratien beruht wesentlich auf der durch Solidarität ermöglichten sozialen Integration von Gesellschaften. Dies gilt auch für die Weltgesellschaft. Nur in einer gerechten und als gerecht empfundenen Weltordnung kann ein Zusammenwirken nach Regeln der Partizipation gelingen. Das bekannte Wort aus *Populorum progressio* (PP), dass Entwicklung der neue Name für Friede sei, hat auch hier unbedingte Gültigkeit (PP 76). Die – trotz gewisser Erfolge in der Armutsbekämpfung – weltweit stark wachsende Kluft in Einkommen und Vermögen lässt die Basis für demokratische Ordnungen insgesamt erodieren. Die völkerrechtlich anerkannte Unteilbarkeit der Menschenrechte verlangt angesichts dieses Auseinanderdriftens der Lebenschancen eine stärkere Einmahnung der sozialen Rechte und der sozialen Gerechtigkeit auf Weltebene. Die Identifikation mit einem demokratischen Gemeinwesen sowie die verantwortliche Partizipation in seinen Institutionen setzen die Verwirklichung von sozialen Mindeststandards in Bildung, Gesundheit und Arbeit voraus. Ihre Missachtung hingegen entfremdet Menschen, national wie international, unausweichlich sowohl den demokratischen Systemen als auch dem demokratischen Projekt als solchem.

*Die Stärkung der moralischen Grundlagen:* Die konservative (auch innerkatholische) Kritik an der Demokratie hat sich von jeher daran entzündet, dass demokratische Partizipation moralisch höchst voraussetzungsreich und daher nicht allgemein realisierbar ist. Die demokratische Regierungsform ist in der Tat auf ein tief verankertes Bewusstsein von Wert und Würde jedes einzelnen Menschen, insbesondere der ethnischen und religiösen Minderheiten sowie – vielleicht noch schwieriger – der politischen Gegner angewiesen. Das ihr zugrunde liegende Ethos der Autonomie verlangt zudem die Bereitschaft und Fähigkeit zur Beteiligung an öffentlichen Diskursen, zu gewaltfreier Toleranz und Kompromissbereitschaft sowie zu begründetem Widerspruch und unbeugsamer Zivilcourage. Offenkundig ist ein derartiges Ethos, das die Qualität einer Demokratie wesentlich mitbestimmt,

weder selbstverständlich noch an irgendeinem Ort der Welt ein für alle Mal gesichert. Es muss sich vielmehr jeweils neu aus persönlichen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Quellen speisen. Christliche Akteure können hier eine wichtige Rolle spielen. Ein universaler christlich-ethischer Humanismus, der jeden und alle Menschen als Ebenbild Gottes und damit als Gleiche anerkennt, der sowohl die Verpflichtung zur Überwindung von Unrecht, Unterdrückung und Armut, welche die menschliche Würde zerstören, als auch jene zur gewaltfreien Konfliktaustragung fordert, ist auf die gegenwärtige Weltsituation und eine demokratische Kultur hin neu auszubuchstabieren (vgl. Maier 2006: 15–28). Dies – ebenso wie das lange Ringen der Kirche um eine theologisch fundierte Akzeptanz der Demokratie als wesentlichen Teil des Projekts der Moderne – könnte in der gegenwärtigen Situation vor allem auch im Hinblick auf interkulturelle und interreligiöse Vermittlungen von Bedeutung sein. Denn was heute gefordert ist, sind vor allem auch Brückenschläge in andere religiöse Traditionen, ohne die – gerade in religiös geprägten Ländern (und dies ist ein Großteil der Staaten weltweit) – die Demokratie ein westlicher Import und das Projekt schmaler Eliten zu bleiben droht.

Die katholische Kirche ist ein Global Player.<sup>7</sup> Als Weltkirche und transnationaler Akteur trägt sie allein aufgrund ihrer beachtlichen Größe (mit schätzungsweise 1,2 Milliarden Gläubigen weltweit) und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten eine hohe Verantwortung für eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung. Sie kann global über die internationalen Organisationen, in denen der Heilige Stuhl als Völkerrechtssubjekt *sui generis* repräsentiert ist, Einfluss nehmen (vgl. Wuthe 2002). Zudem verfügt sie über eigene globale Institutionen für soziale Fragen, u. a. die Päpstliche Kommission *Iustitia et pax*, deren Errichtung auf das Zweite Vatikanische Konzil zurückgeht.<sup>8</sup> Auch viele Orden haben Organisationen mit exzellenter Expertise für

7 Die katholische Kirche ist – dies soll hier nicht unerwähnt bleiben – überdies die einzige globale Institution, die über ein eigenes Rechtssystem und entsprechende Organe, d. h. über eine Art von (wenn auch nicht demokratisch legitimierter) Weltregierung verfügt.

8 Vgl. u. a. zum Thema das 2011 erschienene Dokument zur Reform des Finanzsystems, das die Notwendigkeit einer internationalen öffentlichen Autorität betont: Pontifical Council for Justice and Peace (Hg.): *Towards reforming the international financial and monetary systems in the context of global public authority.*

unterschiedliche humanitäre Bereiche aufgebaut und besitzen einen anerkannten Status als NGO bei den Vereinten Nationen, ihren Unterorganisationen oder in anderen internationalen und regionalen Organisationen. Dazu kommen vielfältige Institutionen und Initiativen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene, die häufig mit jenen auf internationaler Ebene vernetzt sind. Diese kirchlichen Netzwerke bringen sich auf unterschiedlichste Weise national wie international in die Zivilgesellschaft ein und haben auch ein erhebliches Potential, um in der von Held angeregten Weise einen Beitrag zur Weiterentwicklung internationaler Ordnungen zu leisten. Sie kooperieren zudem durch ihr Engagement sowohl mit säkularen Akteuren wie auch mit anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften und können so deren Positionen mit beeinflussen. Sich dies vor Augen zu führen, ist gerade angesichts eines in den europäischen Kirchen vielfach verbreiteten Gefühls der gesellschaftlichen Ohnmacht wichtig.

Zugleich sind diese nationalen und internationalen kirchlichen Netzwerke für ihr Funktionieren jedoch auf ein politisches Umfeld angewiesen, das derartige Vereinigungen und Aktivitäten zulässt und fördert. Dies gilt national wie global. Nicht zuletzt diese Angewiesenheit kirchlicher Institutionen und Aktivitäten auf demokratische und rechtsstaatliche respektive völkerrechtliche Grundstrukturen legt den Einsatz für ihren Bestand und ihre Funktionstüchtigkeit nahe.

Die Demokratie ist eine fragile Regierungsform. Trotz ihrer bisherigen Erfolge steht sie heute paradoxerweise aufgrund globalisierungsbedingter Änderungen in den Rahmenbedingungen vor großen Herausforderungen. Insofern die demokratische Partizipation aller auf der Basis der Gleichheit einen Grundpfeiler der politischen Ordnung der Moderne und einen wesentlichen Ausdruck ihres humanen Potentials darstellt, sollte sich eine christliche Weltordnungsethik aktiv und kritisch an der Debatte über ihre Zukunft beteiligen.

## Literatur

- Archibugi, Daniele; Koenig-Archibugi, Mathias; Marchetti, Raffaele** (Hg.) (2012): *Global Democracy. Normative and Empirical Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brand, Ulrich** (2009): Herrschaft und Befreiung. Global Governance und emanzipatorisches Handeln im sich globalisierenden Kapitalismus. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Projektleitung: Roithner, Thomas: *Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?* Hamburg u. a.: Lit-Verlag (Dialog 56), 287–302.
- Brand, Ulrich; Brunnengräber, Achim; Schrader, Lutz; Stock, Christian; Wahl, Peter** (2000): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich; Kreisky, Eva; Segert, Dieter** (2011): Editorial: Demokratietheorie vor dem Hintergrund neuer Phänomene. Klassische und neue Perspektiven. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 40, 3–6.
- Brunkhorst, Hauke** (2009): *There Will be Blood. Konstitutionalisierung ohne Demokratie*. In: Ders. (Hg.): *Demokratie in der Weltgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 99–123.
- Crouch, Colin** (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin** (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf** (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. Stuttgart: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Dahrendorf, Ralf** (1996): Die Quadratur des Kreises. Freiheit, Solidarität und Wohlstand. In: *Transit* 12, 5–28.
- Fach, Wolfgang** (2008): *Das Verschwinden der Politik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Freedom House** (Hg.) (2010): *Freedom in the World 2010. Erosion of Freedom Intensifies*. Washington DC: Freedom House.
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (Hg.) (2011): Report der Friedrich-Ebert-Stiftung Demokratie in Deutschland 2011, online unter: <<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/08036.pdf>>, abgerufen 10.10.2013.
- Friessl, Christian; Polak, Regina; Hamachers-Zuba, Ursula** (Hg.) (2009): *Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990–2008*. Wien: Czernin-Verlag.
- Gabriel, Ingeborg** (2011a): Gerechtigkeit von Globalisierung, die katholische Kirche und die Religion. Eine Einleitung. In: Gabriel, Ingeborg; Schwarz, Ludwig (Hg.): *Weltordnungspolitik in der Krise. Perspektiven internationaler Gerechtigkeit*. Paderborn: Schöningh, 9–30.
- Gabriel, Ingeborg** (2011b): Globalisierung und Demokratie. Überlegungen zu einer zentralen weltordnungsethischen Frage. In: Gabriel, Ingeborg; Schwarz, Ludwig (Hg.): *Weltordnungspolitik in der Krise. Perspektiven internationaler Gerechtigkeit*. Paderborn: Schöningh, 91–110.
- Grande, Edgar** (2012): Governance-Forschung in der Governance-Falle? – Eine kritische Bestandsaufnahme. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53, 565–592.

- Habermas, Jürgen** (1998): Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen** (2004): Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? In: Ders.: Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 113–193.
- Hale, Thomas/Held, David** (Hg.) (2011): Handbook of Transnational Governance. Institutions & Innovations. Cambridge: Polity Press.
- Hale, Thomas; Held, David; Young, Kevin** (2013): Gridlock. Why Global Cooperation Is Failing When We Need It Most. Cambridge: Polity Press.
- Held, David** (1995): Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Stanford: Polity Press.
- Held, David** (1998): Rethinking democracy. Globalization and democratic theory. In: Wolfgang Streeck (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt/M.: Campus Verl., 59–78.
- Held, David** (2007): Soziale Demokratie im globalen Zeitalter. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Höffe, Otfried** (1998): Für und Wider eine Weltrepublik. In: Chwaszcza, Christine; Kersting, Wolfgang (Hg.): Politische Philosophie der internationalen Beziehungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 204–222.
- Höffe, Otfried** (2002): Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, 2. Auflage. München: Beck.
- Höffe, Otfried** (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig? München: Beck.
- Huntington, Samuel** (1991): The Third Wave of Democratization. In: Journal of Democracy 2, 11–34.
- Kirchgässner, Gebhard** (2006): Wirtschaftliche Globalisierung: Konsequenzen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Koller, Peter (Hg.): Die globale Frage. Empirische Befunde und ethische Herausforderungen. Wien: Passagen-Verlag, 275–312.
- Koller, Peter** (2011): Normative Grundlagen einer neuen Weltordnungspolitik. In: Gabriel, Ingeborg; Schwarz, Ludwig (Hg.): Weltordnungspolitik in der Krise. Perspektiven internationaler Gerechtigkeit. Paderborn: Schöningh, 71–89.
- Lutz-Bachmann, Matthias; Bohman, James** (Hg.) (2002): Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Maier, Hans** (2006): Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum – was wäre anders? In: Brouck, Manfred; Stein, Tine (Hg.): Christentum und Demokratie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 15–28.
- Mayntz, Renate** (2008): Von der Steuerungstheorie zu Global Governance. In: Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 43–60.
- Mayntz, Renate** (2009): Über Governance und Prozesse politischer Regelung. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Mouffe, Chantal** (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Munck, Gerardo L.** (2009): Measuring Democracy. A Bridge between Scholarship and Politics. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

- Offe, Claus** (2008): „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 61–76.
- Pies, Ingo** (2000): Globalisierung und Demokratie. Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht. In: Brunkhorst, Hauke; Kettner, Matthias (Hg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 53–59.
- Pontifical Council for Justice and Peace** (Hg.): Towards reforming the international financial and monetary systems in the context of global public authority, online unter: <[http://www.vatican.va/roman\\_curia/pontifical\\_councils/justpeace/documents/rc\\_pc\\_justpeace\\_doc\\_2011024\\_nota\\_en.html](http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/justpeace/documents/rc_pc_justpeace_doc_2011024_nota_en.html)>, abgerufen 10.10.2013.
- Rosenau, James N.** (1992): Governance, Order, and Change in World Politics. In: Rosenau, James N.; Czempiel, Ernst-Otto (Hg.): Governance Without Government: Order and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press, 1–29.
- Rosenau, James N.; Czempiel, Ernst-Otto** (Hg.) (1992): Governance Without Government: Order and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sack, Detlef** (2009): Governance und Politics. Die Institutionalisierung öffentlich-privater Partnerschaften in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Schuppert, Gunnar Folke** (2008): Governance – auf der Suche nach Konturen eines „anerkannt uneindeutigen Begriffs“. In: Schuppert, Gunnar Folke; Zürn Michael (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 13–42.
- Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael** (Hg.) (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sørensen, Georg** (2010): Democracy and Democratization. In: Leicht, Kevin T.; Jenkins, J. Craig (Hg.): Handbook of Politics. State and Society in a Global Perspective. New York u. a.: Springer, 441–458.
- Stiglitz, Joseph E.** (2012): The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York: Norton & Comp.
- Tömmel, Ingeborg** (Hg.) (2008): Die Europäische Union. Governance and Policy Making. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Uertz, Rudolf** (2008): Das Ringen der Katholischen Kirche um die Demokratie. In: Gabriel, Ingeborg (Hg.): Politik und Theologie in Europa. Ostfildern: Matthias-Grünwald-Verlag, 172–195.
- Vorländer, Hans** (2008): Legitimationsprobleme in der Massendemokratie. In: Rauscher, Anton (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin: Duncker & Humblot, 871–880.
- Weiler, Joseph H. H.** (2004): Governance Without Government: The Normative Challenge to the Global Legal Order. In: Malinvaud, Edmond; Sabourin, Louis (Hg.): The Government of Globalisation. Vatican City: Pontifical Academy of Social Sciences, 49–76.
- Wuthe, Paul** (2002): Für Menschenrechte und Religionsfreiheit in Europa. Die Politik des Heiligen Stuhls in der KSZE/OSZE. Stuttgart: Kohlhammer.
- Zürn, Michael** (2005): Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. 2. Auflage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

## Kirchliche Dokumente

Wenn nicht anders angegeben zitiert aus:

**Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)** (Hg.) (2007): *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*. 9. erw. Aufl. Köln: Ketteler-Verlag. – Die Nummern in den Quellenangaben beziehen sich wie üblich auf die Absatznummern.

PT – **Johannes XXIII.** (1963): Enzyklika *Pacem in terris*, S. 241–290.

GS – **Zweites Vatikanisches Konzil** (1965): *Gaudium et spes*, S. 291–395.

PP – **Paul VI.** (1967): Enzyklika *Populorum progressio*, S. 405–440.

## Über die Autorin

*Ingeborg Gabriel*, Dr. theol., MMag., Professorin für Christliche Gesellschaftslehre und Vorstand des Instituts für Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Direktorin der Österreichischen Kommission *Iustitia et pax* und Vizepräsidentin der Vereinigung der *Iustitia et pax* Kommissionen Europas.